

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 15. Juli 1977

p.B.15.50.4.A. - TR/au

Vertraulich

Besuch von Frau Staatsminister Dr. Hildegard Hamm-Brücher in Bern,
29. Juni bis 1. Juli 1977

1. Der Besuch

Frau Dr. Hamm-Brücher ist einer der beiden parlamentarischen Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, und ist in dieser Funktion als Stellvertreterin des Aussenministers vor allem für Europafragen zuständig. Aufgrund ihrer früheren Tätigkeit gilt sie als Expertin für Bildungspolitik und Frauenfragen.

Das Programm umfasste demzufolge individuelle Gespräche mit Bundesrat Hürlimann (Bildungspolitik), Frau Nationalratspräsidentin E. Blunschy und Frau E. Lieberherr, Stadträtin Zürich (Situation der Frau), sowie mit BIGA-Direktor J.P. Bonny (Berufsbildung). Bundesrat Graber empfing den Gast zu einem Höflichkeitsbesuch. Mit einer Delegation des EPD unter Vorsitz von Generalsekretär Weitnauer wurden Fragen gegenseitigen Interesses erörtert. Die Besichtigung der Abegg Stiftung und gesellschaftliche Anlässe rundeten den Besuch ab.

2. Die Gespräche mit Generalsekretär Weitnauer

2.1. Der Meinungsaustausch wurde mit einem Exposé über die Grundzüge der schweizerischen Aussenpolitik eingeleitet, in welcher Botschafter Weitnauer (WR) auf die Ursprünge sowie Ziel und Zweck unserer Neutralitätspolitik zu sprechen kam, auf das aktive Hineinwachsen der Schweiz in die Völkergemeinschaft hinwies und an die Rolle unseres Landes in der hohen Politik erinnerte (KSZE, KIWZ, Verhältnis zu Europa, zur UNO).

Als Eckpfeiler der bundesdeutschen Aussenpolitik bezeichnete Frau Dr. Hamm-Brücher (HB) das Atlantische Bündnis, welches die Rück



- 2 -

deckung für das europäische Engagement der BRD gewährleiste und mit- hin die Weiterführung der Entspannungsbestrebungen ermögliche. Die Teilung Deutschlands werde weiter dauern, aber niemals als Gegeben- heit akzeptiert. HB erwähnte die vermehrte politische Verantwortung der Bundesrepublik, die als politischer Faktor auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene zunehmend beachtet werde. Die BRD habe sich des- halb vorzubereiten bzw. ihre Präsenz auszubauen, um überall dort, wo Probleme bestehen, in der Lage zu sein, sich als ehrlicher Makler zur Verfügung zu stellen.

2.2. Botschafter Hegner (HT) berichtete über die Arbeiten in Belgrad im Hinblick auf das KSZE-Nachfolgetreffen im Herbst und rühmte die gemeinsamen Vorbereitungen und Abstimmung der Haltungen unter anderem auch im Europarat. Die Differenzen zwischen den Neun und uns seien taktischer und nicht substantieller Art; die "kleine Flamme von Helsinki" müsse als Instrument des intraeuropäischen Dialogs aufrechterhalten bleiben. Im Gegensatz zu den EG wollen wir nicht erst am Ende des Haupttreffens von Belgrad einen Entscheid über die Opportunität weiterer Treffen dieser Art fällen; diese sind für uns - gemäss Schlussakte - selbstverständlich, sie entsprechen den langfristigen Zielsetzungen unserer KSZE-Politik und brauchen nicht zur Diskussion gestellt zu werden. WR zeigte sich besorgt, ein allzu heftiges Aufeinanderprallen von harten Worten, als Drohung auf- gefasst, könnte eine Ueberreaktion der osteuropäischen Staaten mit entsprechend negativen Auswirkungen auf das Schicksal der Menschen auslösen. Bei der Bildung eines "europäischen Konzerts neuen Stils" müssen die Kontakte mit den Regierungen gepflegt werden; das Los der Menschen bleibt indessen für die Schweiz ein Anliegen erster Ordnung.

HB sicherte zu, unsere Haltung und Befürchtungen, Bundeskanzler Schmidt - auch im Hinblick auf seinen Juli-Besuch bei Präsident Carter - wissen zu lassen.

2.3. Das Bestreben der Bundesrepublik, dem Europarat vermehrte Bedeutung zu verleihen werde begrüsst und die Initiativen Bundes- aussenministers Genscher vermehrt politische Fragen gemeinsamen

Interesses auf die Tagesordnung zu bringen, geschätzt. Man fühle, dass dieses Gremium seit Mai vergangenen Jahres an Gewicht gewonnen habe. Auf eine entsprechende Frage des Gastes, präzisiert WR, die Anwesenheit der Aussenminister auch der grösseren Staaten an den Sitzungen des Ministerrates sowie eine relevante und aktuelle Themenwahl, sei unerlässlich.

Im weiteren kamen die spezifischen Probleme Wiedereingliederungsfonds (Wunsch, BRD möge sich an erhöhter Finanzierung beteiligen; HB versprach, Problem in Bonn aufgreifen zu wollen) und Versetzung Direktor Golsong (die BRD bemühe sich um einen Kompromiss) zur Sprache.

Zum Problem der Aufnahme des Fürstentums Liechtenstein in den Europarat betont HT, dass die Schweiz dem Fürstentum Hilfe bei der Herstellung von Kontakten mit den Aussenministerien leiste; der Entscheid, diese Frage aufzunehmen und die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten ist selbstverständlich ausschliesslich Sache der Liechtensteiner. Nach HB prüfe Bonn das Anliegen auf wohlwollende Weise, ein abschliessendes Votum sei jedoch noch nicht gefällt worden.

2.4. Auf die Zukunftsperspektiven der Europäischen Gemeinschaften angesprochen, bestätigte HB die "Aengste" betreffend Beitrittswünsche der drei Mittelmeerländer, nachdem die Erweiterung auf Neun Mitglieder kaum verkraftet worden sei. Zum Problem des Eurokommunismus könne man sich nicht verbindlich äussern; jedenfalls würde eine Teilnahme von Kommunisten an EG-Regierungen und in der NATO Schwierigkeiten schaffen. Andererseits, fügte Botschafter Lebsanft bei, gebe es heute keine Alternative zu den EG; an der politischen Finalität halte die BRD fest.

Zu den Beziehungen Schweiz-EG übergehend, wies WR auf die Gefahr einer Satellisierung unseres Landes in gewissen Bereichen hin, indem EG-interne Regelungen von uns ohne Mitbestimmungsmöglichkeit übernommen werden müssen. Das Konzept einer gestaltenden Mitwirkung habe seinerzeit nicht im Freihandelsabkommen mit den Gemeinschaften verankert werden können. Beruhigend, obwohl etwas dialektisch, erwiderte Botschafter Lebsanft, bis die EG sich soweit entwickelt hätten, dass eine Situation der Satellisierung für die Schweiz eintrete, werde viel Zeit verstreichen; in der Zwischenzeit

- 4 -

werde die Zusammenarbeit sich indessen so gut einspielen, dass diese Gefahr nicht mehr bestehen werde.

2.5. WR brachte kurz die Nord-Süd-Problematik in die Diskussion, wies auf die allgemeine Interdependenz und insbesondere auf die Querverbindungen Nahost-Afrika (Folge der Allianz zwischen den OPEC-Staaten und den Entwicklungsländern) hin und hofft, ein Versachlichungsprozess möge die Voraussetzungen für einen echten Nord-Süd-Dialog schaffen. Auch HB sprach sich für eine nüchterne Bilanz der Pariser Verhandlungen aus und erwähnte das spezielle Interesse der BRD in Namibia.

2.6. Betreffend die Konferenz über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Rechts (CDDH) brachte WR unseren Wunsch an, die Bundesrepublik möge die beiden Zusatzprotokolle bald unterzeichnen, wie dies auch die Schweiz zu tun gedenke.

2.7. WR dankte auch für das aktive Mitwirken der BRD in multilateralen wissenschaftlichen Gremien (CERN, ESA, CEBM).

2.8. Am Schluss der Sitzung fanden Kulturfragen kurz Erwähnung. (Erfreuliche und florierende Zusammenarbeit, auch hier Rolle des Europarates erhalten und ausbauen).

Die Gespräche verliefen in einer angenehmen, gelösten und freundlichen Atmosphäre. Im Hinblick auf den September-Besuch von Bundespräsident Scheel und Aussenminister Genscher in der Schweiz wurden bilaterale Probleme bewusst ausgeklammert.

POLITISCHE DIREKTION



A. Hegner